



HESSISCHER LANDTAG

15. 03. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Notsignale der Lehrkräfte endlich ernst nehmen:
umgehend Maßnahmen für notwendigen Arbeits- und
Gesundheitsschutz sowie gegen sinkende Bildungsqualität
an hessischen Schulen ergreifen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich bereits im Mai 2009 die Personalräte aller Wiesbadener Gymnasien mit einer Überlastungsanzeige gemäß §§ 15, 16 und 17 des Arbeitsschutzgesetzes an das Kultusministerium gewandt haben, um auf "unmittelbare erhebliche Gefahren" für Sicherheit und Gesundheit von Lehrpersonal ebenso wie von Schülerinnen und Schülern hinzuweisen, vor bevorstehenden Schäden zu warnen sowie Haftungsfreistellung zu reklamieren. Auch ein knappes Jahr später gibt es seitens des Kultusministeriums diesbezüglich jedoch weder Antwort noch Reaktion, was den Verdacht einer Vernachlässigung der beamtenrechtlichen Fürsorgepflicht nahelegt.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass seit 1914 die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst um etwa ein Drittel gesunken ist, für hessische Lehrkräfte die Zahl der Pflichtstunden hingegen heute sogar über dem Niveau von 1914 liegt. Die Lehrkräfte sind also in der Vergangenheit im Hinblick auf die regelmäßigen Wochenarbeitszeiten nicht am gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsfortschritt beteiligt und -jedenfalls langfristig betrachtet - schlechter behandelt worden als der öffentliche Dienst insgesamt. Die durchschnittliche Gesamtarbeitszeit der hessischen Lehrkräfte lag dabei bereits Mitte der Neunzigerjahre bei - je nach Studie - 46,4 bis 50,4 Stunden. Seitdem sind die Belastungen immer weiter gestiegen: durch mehr Stunden, größere Klassen, immer neue Aufgaben (Lernstandserhebungen, vermehrte Eingangstests, Vergleichsarbeiten, Prüfungen, Evaluationen etc.) und schließlich die Nichtverlängerung der Altersteilzeitregelung. Bei der Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft ist Hessen mit einem Durchschnittswert von 18,09 bundesweit "Spitzenreiter".
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Erschöpfung und Stresssymptome nicht nur die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer gefährden, sondern zunehmend auch die Qualität ihrer Arbeit, da selbst bei permanentem Einsatz jenseits der Belastungsgrenze die wachsenden Anforderungen nur noch mit Abstrichen zu bewältigen sind.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur Sicherstellung des notwendigen Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie gegen die Gefährdung der Unterrichtsqualität an hessischen Schulen zu ergreifen. Dabei sollen mindestens die folgenden inhaltlichen Eckpunkte berücksichtigt werden:
 - a) Die seit Jahren gewachsene Arbeitsbelastung muss sofort reduziert werden, damit eine volle Stelle überhaupt wieder zumutbar ist. Das heißt: Die Arbeitsbelastung einer mit voller Pflichtstundenzahl eingesetzten Lehrkraft muss - und zwar ebenso für Berufs-

fängerinnen oder Berufsanfänger, ältere Lehrkräfte wie auch Lehrkräfte mit zwei Korrekturfächern - so beschaffen sein, dass weder ihre Gesundheit geschädigt wird noch dienstliche Aufgaben vernachlässigt werden müssen. Es darf nicht sein, dass sich immer mehr Lehrerinnen und Lehrer gezwungen sehen, ihre Stelle zu reduzieren und damit auf Gehalt und Pensionsansprüche verzichten, um Gesundheit und Arbeitsqualität zu schützen.

- b) Die Arbeitsbedingungen müssen den für die Gesundheit geltenden Normen angepasst werden. Aktuell werden Arbeitsqualität und Gesundheit durch eine völlig unzureichende Ausstattung von Arbeitsplätzen gefährdet. Geeignete Büroarbeitsplätze und hinreichende Ablagemöglichkeiten sind meist gar nicht vorhanden. Materialien müssen somit ständig zwischen Wohnung und Schule hin- und hertransportiert werden, konzentriertes Arbeiten und ungestörte Gespräche sind kaum möglich. Für die "Pausen", die nach Abzug der Aufsichtspflicht noch bleiben, müsste laut Arbeitsschutzbestimmungen ein Ruhebereich zur Verfügung stehen.

Wiesbaden, 12. März 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen